



# UNTERNEHMEN MÜSSEN VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

UNTERNEHMEN,  
MENSCHENRECHTE  
UND ARMUT

GERECHTIGKEIT  
GEGEN ARMUT

**AMNESTY**  
INTERNATIONAL



LEBEN IN WÜRDE FÜR EIN LEBEN IN WÜRDE FÜR EIN LEBEN IN WÜRDE FÜR EIN LEBEN IN WÜRDE



**DIE WIRTSCHAFTLICHE GLOBALISIERUNG VERSCHAFFT MULTI-NATIONALEN UNTERNEHMEN MACHT UND EINFLUSS WIE NIE ZUVOR. DIE UNTERNEHMEN SCHAFFEN ARBEITSPLÄTZE UND INVESTITIONSGEWINNE FÜR MILLIONEN VON MENSCHEN. ABER SIE SIND AUCH VERANTWORTLICH FÜR GRAVIERENDE MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN. UND DIESE WIEDERUM FÜHREN ZU EINER ZUNAHME DER ARMUT. HÄUFIG FEHLEN WIRKSAME MITTEL, UM DIE VERANTWORTLICHEN ZUR RECHENSCHAFT ZU ZIEHEN UND DEN BETROFFENEN EINE ANGEMESSENE ENTSCHÄDIGUNG ZUKOMMEN ZU LASSEN.**

Im Jahr 1995 kam es zu einem Zwischenfall bei der Firma Omai Gold Mines Ltd, die im südamerikanischen Staat Guyana Minen betreibt. In der Nähe einer Goldmine brach ein Damm, und das ausfliessende zyanidhaltige Wasser verschmutzte einen der grössten Flüsse des Landes, was schlimme Auswirkungen für die am Fluss lebenden Menschen hatte. Daraufhin wurden verschiedene Entschädigungsklagen eingereicht, u. a. im kanadischen Québec gegen die Firma Cambior Inc., welche die Aktienmehrheit der Goldmine innehatte. Die Klage wurde abgewiesen. Auch in Guyana blieben die juristischen Bemühungen um eine Wiedergutmachung erfolglos.

Unternehmen haben einen enormen Einfluss auf die Rechte von Menschen und Gemeinschaften. Oft ist dieser Einfluss positiv. Zum Beispiel, wenn erfolgreiche Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen und mit Hilfe, die Staatseinnahmen zu erhöhen. Das wiederum ermöglicht die Finanzierung der Grundversorgung und weiterer Projekte.

Andere Unternehmen dagegen umgehen oder missbrauchen Menschenrechte. Entweder weil sie nicht vorausschauend und mit der nötigen Sorgfalt planen, oder weil sie Menschenrechte ganz bewusst verletzen. Zudem gibt es auch Staaten, die ihren

**Links: Gasfackel im Nigerdelta: Die Gemeinschaften sind äusserst besorgt über die mögliche Gesundheitsgefährdung der lokalen Bevölkerung durch das Abfackeln von Gas.**

Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung nicht nachkommen. Es ist die Aufgabe eines jeden Staates, sicherzustellen, dass wertvolle Bodenschätze nicht auf Kosten von Menschenrechtsverletzungen ausgebeutet werden und dass der eigene Ressourcenreichtum zum Wohl der Bevölkerung genutzt wird. Manchmal sind die Staaten auch selber verantwortlich für Menschenrechtsverletzungen. In der Regel haben die Betroffenen kaum Möglichkeiten, Wiedergutmachung zu fordern. Ihre Bemühungen um Gerechtigkeit scheitern nur allzu oft an Korruption, Eigeninteressen oder nicht funktionierenden Rechtssystemen.

Die Existenzgrundlagen ganzer Dörfer und Regionen werden gefährdet oder zerstört und die Menschen immer tiefer in die Armut getrieben. Ein Beispiel ist Papua-Neuguinea. Dort entsorgte die Firma Ok Tedi Mining Ltd, die am Ok-Tedi-Fluss eine Kupfermine betreibt, Millionen von Tonnen Aushubmaterial im Fluss. Die Verschmutzung des Flusses führte zu massiven Umweltschäden und zerstörte die Lebensgrundlage der Menschen, die unterhalb der Mine lebten. Der australisch-britische Rohstoffkonzern BHP Billiton, zu diesem Zeitpunkt Mehrheitsaktionär der Mine, transferierte seine Anteile 2002 zu einer anderen Firma mit der Vereinbarung, dass BHP Billiton rechtlich nicht mehr für das Desaster verantwortlich gemacht werden könne.

Projekte wie die Ausbeutung der Ok-Tedi-Mine in Papua-Neuguinea werden oft



durchgeführt, ohne dass im Vorfeld eine umfassende Beurteilung der möglichen Auswirkungen auf die Menschenrechte – dazu gehören auch ökologische und soziale Aspekte – vorgenommen wird. Ganze Gemeinschaften werden zwangsweise umgesiedelt und ihre herkömmliche Lebensgrundlage sowie das Leben der Betroffenen werden bedroht oder zerstört, weil das Land verseucht und das Wasser vergiftet wird.

Sehr oft werden die betroffenen Gemeinschaften nicht über die möglichen Auswirkungen dieser Firmentätigkeiten informiert. Entscheidungen, die ihr Leben beeinflussen, werden meistens ohne sie gefällt. Dadurch nehmen Unsicherheit und Entbehren zu. Treten Menschenrechtsverletzungen auf, wird die Situation durch den fehlenden Zugang zur Justiz noch verschlimmert, und die Regierungen können oder wollen die verantwortlichen Unternehmen für ihre Vergehen nicht zur Rechenschaft ziehen.

So werden die Missbräuche nicht gestoppt und die Menschen immer tiefer in die Armut getrieben. Gleichzeitig wird ihr Recht auf Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Bildungs- und Gesundheitswesen sowie ihr Recht, ihren Lebensunterhalt selber erarbeiten zu können, zunehmend eingeschränkt.

**Zwei Knaben holen Wasser an einem Brunnen in Sunder Nagar, Bhopal (2004). Die Regierung hat den Brunnen rot markiert zum Zeichen, dass das Wasser durch die Bhopal-Katastrophe vergiftet ist.**

## GLOBALISIERUNG: GEWINNER UND VERLIERER

Unternehmen haben von der wirtschaftlichen Globalisierung profitiert. Verschiedene Entwicklungen, die von der Welthandelsorganisation WTO, der Weltbank und anderen vorangetrieben wurden, haben zur Stärkung ihrer Macht und ihres Einflusses beigetragen, so die Deregulierung des Marktes, die Marktöffnung für ausländische Investitionen und andere Marktfreiheiten.

Gleichzeitig gibt es wenig verbindliche Bestimmungen, die sicherstellen, dass Unternehmen für die Auswirkungen ihrer Tätigkeiten verantwortlich gemacht werden können. Viel zu oft gehen die Unternehmen als Urheber von Menschenrechtsverletzungen straffrei aus, denn die betroffenen Staaten sind nicht in der Lage oder nicht bereit, Vergehen dieser Art zu verhindern oder sie zu ahnden. Dazu kommt, dass die länderübergreifende Struktur vieler mächtiger Gesellschaften und die rechtliche Komplexität ihrer Tätigkeiten eine besondere Herausforderung darstellen, wenn es darum geht, ein

## FALLBEISPIEL: DIE KATASTROPHE VON BHOPAL

Am 2. Dezember 1984, kurz vor Mitternacht, explodierte im Pestizidwerk der Union Carbide of India Ltd in Bhopal ein Tank und setzte Tausende von Tonnen giftiger Gase frei. Mehr als eine halbe Million Menschen waren betroffen. Erst Stunden später wurden die Behörden von Mitarbeitern des Werkes über die Katastrophe informiert.

Zwischen 7000 und 10000 Menschen starben innerhalb von Tagen. Mindestens weitere 15000 Menschen starben in den folgenden 20 Jahren an den Folgen des Unglücks. Mehr als 100000 Menschen leiden noch heute unter chronischen Krankheiten, die meisten von ihnen ohne Aussicht auf Heilung.

Die Bhopal-Katastrophe erschütterte die Welt und warf grundlegende Fragen über die Verantwortung von Unternehmen auf. Inzwischen sind 25 Jahre vergangen und Union Carbide hat mit Dow Chemicals fusioniert. Noch immer gibt es Altlasten auf dem Areal des Pestizidwerkes, die dazu führen, dass es beispielsweise weiterhin kein sauberes Trinkwasser gibt. Und noch immer warten viele der Überlebenden auf eine angemessene Entschädigung. US-amerikanische und indische Gerichte haben versagt, eine unabhängige und vollständige Untersuchung des Vorfalles wurde nie geführt.

## FALLBEISPIEL: ÖL, ARMUT UND MENSCHENRECHTE IM NIGERDELTA

Im Nigerdelta gibt es riesige Ölvorkommen, mit denen bereits Einnahmen in Milliardenhöhe erwirtschaftet wurden. Und doch lebt die Mehrheit der 30 Millionen Menschen im Nigerdelta in bitterer Armut. Der Gegensatz zwischen der Verarmung der lokalen Bevölkerung und dem Ölreichtum im Nigerdelta ist eines der eindrucklichsten Beispiele für den «Fluch der Bodenschätze». Die Ölindustrie im Nigerdelta hat der Region wenig Nutzen, aber viel Armut gebracht. Weitverbreitete Menschenrechtsverletzungen, die in Zusammenhang mit der Ölförderung verübt wurden, führten zur Zerstörung der Existenzgrundlagen, zu Umweltschäden, Gesundheitsproblemen und Konflikten.

Aktivisten und Aktivistinnen, die sich für das Wohl ihrer Gemeinschaft einsetzen, sind gewaltsamen Reaktionen ausgesetzt. Im Mai 1998 zum Beispiel besetzten etwa 120 Jugendliche

der ethnischen Gruppe Ijaje die Parabe-Ölplattform der Firma Chevron und verlangten finanzielle Entschädigung und Wiedergutmachung für die entstandenen Schäden an ihrer Wasserversorgung und ihren Fischfanggründen. Chevron forderte Unterstützung durch Sicherheitskräfte an. Drei Tage nach dem Beginn der Proteste flogen Polizisten und Marinesoldaten in Begleitung des Sicherheitschefs von Chevron zur Plattform. Die Sicherheitskräfte erschossen zwei Demonstranten, Aroleka Irowainu und Jola Ogungbeje, und verwundeten mehrere andere.

Den Menschen im Nigerdelta wurde systematisch der Zugang zu Informationen darüber verwehrt, welche Auswirkungen die Ölförderung auf ihr Leben haben würde. Ihre Menschenrechte wurden von den Ölfirmen mit Füßen getreten und der Zugang zur Justiz wurde ihnen immer wieder verwehrt.

Unternehmen für seine Verstösse zur Verantwortung zu ziehen.

Die Kombination aus lockeren und schlecht verankerten inländischen Bestimmungen mit den Doppelstandards der Gesellschaften sowie fehlenden internationalen Eingriffsmöglichkeiten zeigen verheerende Auswirkungen in den Entwicklungsländern. Meistens sind es die Armen, die unter den Auswirkungen von skrupellosen Geschäftsmethoden und Missbräuchen zu leiden haben.

Viele Wirtschaftsexperten argumentieren, dass Hunderttausende, wenn nicht sogar Millionen von Menschen durch die wirtschaftliche Globalisierung der Armut entfliehen konnten. Trotzdem bestehen weiterhin Zweifel, ob die Globalisierung wirklich zur Verringerung der Armut beigetragen hat. Schon einige Zeit vor der heutigen Wirtschaftskrise gab es Anzeichen dafür, dass sich der Graben zwischen Armen und Reichen vertieft. So hat zum Beispiel die Zahl

der Menschen, die Hunger leiden, seit 1992 zugenommen. Ende 2008 hatten mehr als 963 Millionen Menschen täglich nicht genug zu essen.

Die aktuelle globale Wirtschaftskrise zeigt mehr als deutlich, wie fragil die positiven Auswirkungen der Globalisierung auf die Armutsbekämpfung sind. Die Weltbank hat inzwischen ihre Armutsprognosen korrigiert. In den Entwicklungsländern leben 1,4 Milliarden Menschen, das heisst mehr als jeder fünfte Mensch weltweit, mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag. Zusätzlich verarmten mindestens 100 Millionen Menschen als Folge der Nahrungs-, Treibstoff- und Finanzkrisen im Jahr 2008.

### DER FLUCH DER BODENSCHÄTZE

Viele der ärmsten Länder dieser Welt gehören gleichzeitig zu den reichsten, was Bodenschätze anbelangt. Zwölf davon gehören zu den Ländern mit den grössten mineralischen Bodenschätzen, sechs zu den Län-



dern mit den grössten Erdölvorkommen. Von der Weltbank werden sie allerdings als «hoch verschuldete arme Länder» eingestuft und rangieren auf der Rangliste punkto Lebensstandard, Gesundheit und Bildung ganz unten.

**«Die Wurzel des Übels im Konflikt zwischen Unternehmen und Menschenrechten liegt heutzutage in den Zuständigkeits- und Verantwortungslücken, die durch die Globalisierung entstanden sind. [...] Die grösste Herausforderung ist nun, diese Lücken in Bezug auf die Menschenrechte zu verkleinern und letztlich zu schliessen.»**

John Ruggie, Uno-Sonderbeauftragter für Unternehmen und Menschenrechte (2008)



Indigene Gruppen in Ecuador demonstrieren gegen Umweltschäden in Zusammenhang mit der Erdölförderung. Auf den Plakaten steht: «Texaco nie wieder!»

### FALLBEISPIEL: MEXIKO

Im März 1998 reichten Bauern in der Sierra de Petatlán und in Coyuca de Catalán im mexikanischen Bundesstaat Guerrero gegen ein Unternehmen Klage wegen Ausbeutung von Ressourcen ein, weil ihre Wasservorräte schwanden. Gleichzeitig demonstrierten sie gegen die illegale Abholzung der Wälder. Zwei Bauern wurden von Armeestreitkräften gefangen genommen und gefoltert, weil sie angeblich Mitglieder der Guerilla seien. Unter dem fingierten Vorwurf von Drogenanbau und Waffenbesitz wurden die beiden später zu Gefängnisstrafen verurteilt. Erst nach vier Jahren kamen sie auf Anordnung des Präsidenten frei. Auch andere lokale Aktivisten und Aktivistinnen, die auf die Umweltschäden durch übermässiges Abholzen in der Gegend aufmerksam gemacht hatten, wurden bedroht und ins Gefängnis geworfen. Dagegen wurde nie jemand für die illegalen Abholzungen zur Rechenschaft gezogen.

werden ausgeschlossen und missbraucht. Wenn die Firmen mit den Gemeinschaften das Gespräch suchen, werden Frauen oft nicht einbezogen. Der Zustrom von hauptsächlich männlichen Arbeitskräften in die kleinen Gemeinschaften wirkt sich auch sozial aus. Zu den möglichen Folgen gehören die Zunahme des Drogen- und Alkoholkonsums, sexuelle Gewalt, Geschlechtskrankheiten und andere Gesundheitsprobleme. Faktoren, welche die bestehenden Gesundheits- und Sozialstrukturen zusätzlich belasten.

Viele Rohstoff gewinnende Unternehmen behaupten, dass Investitionen in den Abbau von natürlichen Bodenschätzen einen grossen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und Armutsbekämpfung leisten. Aber das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Trotz riesiger Unternehmensgewinne in den letzten Jahrzehnten nahm die Armut der Bevölkerung zu, wurden Konflikte geschürt, Menschenrechte verletzt und eine nachhaltige Entwicklung untergraben.

### MENSCHENRECHTE MISSACHTET

Unternehmen sind oft mitschuldig an Menschenrechtsverletzungen und teilweise auch allein verantwortlich dafür. Dies betrifft in erster Linie die Rohstoff gewinnende Industrie. Das ist nicht überraschend, wenn man bedenkt, dass die Rohstoffförderung massive Auswirkungen auf das Land und die Wasserressourcen hat. Oftmals müssen ganze Gemeinschaften zwangsweise umgesiedelt werden. Durch die Verschmutzung oder Übernutzung von Wasserressourcen verlieren die Menschen ihren Zugang zu sauberem Trinkwasser. Zudem führen strenge Sicherheitsmassnahmen zum

Schutz der Rohstofffirmen immer wieder zu Problemen – insbesondere in Ländern und Regionen, die ohnehin von Konflikten betroffen sind.

Häufig kommt es vor, dass Rohstoffunternehmen vorsätzlich oder aus mangelnder Sorgfalt Gemeinschaften auseinanderreissen und Gruppen gegeneinander ausspielen. Wenn reiche Unternehmen auftauchen und versuchen, ihre Interessen mittels Bestechung durchzusetzen, führt das oft zu Gewalt und sozialen Konflikten. Und zwar in erster Linie unter Gemeinschaften, die von der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen sind und deshalb das Gefühl haben, dass sie um den Anteil betrogen werden, der ihnen zusteht. Auch die Verhandlungen zwischen den Unternehmen und der Regierung rund um einzelne Förderprojekte sind oft nicht transparent. Häufig findet keine angemessene Absprache mit den betroffenen Gemeinschaften statt.

### FRAUEN SIND DOPPELT GEFÄHRDET

Frauen leiden in zweierlei Hinsicht unter den Projekten der Rohstoffindustrie: Sie



*Es liegt im klaren Eigeninteresse fortschrittlicher Unternehmen, mit Regierungen, NGOs, Gewerkschaften und anderen Geschäftspartnern zusammenzuarbeiten, um den Respekt für die Menschenrechte in ihre Geschäftspolitik zu integrieren.*

Business Leaders Initiative on Human Rights



#### DIE INDIGENE BEVÖLKERUNG WIRD NICHT GEFRAGT

Die Projekte der Bergbauindustrie sowie andere wirtschaftliche Entwicklungsprojekte können für die indigene Bevölkerung eines Landes verheerende Auswirkungen haben. Die Situation der Lubicon-Cree-Indianer im Westen Kanadas ist ein typisches Beispiel. Die Lubicon Cree leben im Bundesstaat Alberta, in einer Gegend, die reich an Öl- und Gasvorkommen ist. Diese Vorkommen haben zu einem regelrechten Wirtschaftsboom in der Region geführt. Bis zum Beginn der Öl- und Gasförderung in den 1970er-Jahren lebten die Lubicon Cree fast ausschliesslich von dem, was das Land hergab. Als Fallensteller erwarben sie ein moderates Einkommen, ansonsten bot ihnen die Natur alles, was sie zum Leben brauchten. Die Erschliessung der Öl- und Gasvorkommen hatte massiven Einfluss auf die Umwelt. Die Wildtiere blieben aus; jagen, Fallen stellen und fischen war kaum mehr möglich. Wichtige Nahrungs- und Heilpflanzen wurden zerstört. Damit wurde ihnen ihre traditionelle Lebensgrundlage entzogen. Immer mehr Familien wurden von staatlicher Hilfe abhängig: In den ersten vier Jahren der Erdölförderung stieg die Zahl der Familien, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen mussten, von 10 auf 90 Prozent. Der Uno-Sonderbe-

**Oben:** Ok-Tedi-Kupfermine in der Nähe von Tabubil, Papua-Neuguinea. Millionen Tonnen von Aushubmaterial, die im Fluss entsorgt wurden, führten zu massiven Umweltschäden.

**Unten:** Die verlassene Hütte eines Fallenstellers, im Hintergrund eine Ölförderanlage (2008). Durch die grossflächige Öl- und

Gasgewinnung im Westen Kanadas wurde der Lebensraum der Lubicon-Cree-Indianer zerstört.

**Titelfoto:** Gasfackel einer Ölförderanlage in Nigeria (Februar 2008). Die Ölindustrie hat die lokale Bevölkerung noch weiter in die Armut gedrängt.

richterstatter für das Recht auf angemessene Unterkunft stellte 2007 fest, dass die Lubicon Cree-Indianer «regelrecht verjagt werden, ihnen das Land weggenommen wird und die Umweltverschmutzung ihren natürlichen Lebensraum zerstört».

## ARMUT UND PRIVATISIERUNG

Im Namen der wirtschaftlichen Effizienz wurden viele staatliche Dienstleistungen privatisiert. Dazu gehören auch Dienstleistungen, die für die Gewährleistung von Menschenrechten entscheidend sind, so das Bildungs- und Gesundheitswesen oder die Wasserversorgung. Viel zu oft führt der Prozess der Privatisierung dazu, dass diese Grundversorgung nicht mehr für die ganze Bevölkerung gewährleistet wird. Ein gutes Beispiel ist die Privatisierung der Wasserversorgung in Dar es Salaam. Die Organisation ActionAid fand 2004 heraus, dass ärmere Gegenden der tansanischen Metropole nicht mehr mit Wasser versorgt wurden. In den weiterhin mit Wasser versorgten Gebieten stiegen die Kosten an, ohne dass die Lieferbedingungen oder die Wasserqualität verbessert worden waren.

Hinzu kommt die zunehmend lasche Überprüfung der privatisierten Dienstleistungen durch den Staat, weil die Deregulierung auf der Annahme basiert, dass die privaten Dienstleistungsanbieter eine Art Selbstkontrolle führen. Da dies oftmals nicht der Fall ist, wird die Situation für die von Armut betroffenen Menschen immer schwieriger. Es kommt vor, dass SlumbewohnerInnen mehr für unsauberes, im Lastwagen transportiertes Trinkwasser zahlen müssen, als EinwohnerInnen in reichen Gemeinden für ihr sauberes Trinkwasser aus der Leitung zahlen.

Staaten sind auch nach der Privatisierung von Dienstleistungen verpflichtet, mit aller Sorgfalt zu überprüfen, ob die Menschenrechte respektiert, geschützt und umgesetzt werden. Und zwar in allen Fällen, egal ob es um die Wasserversorgung, das

Sicherheitswesen oder andere staatliche Aufgaben geht.

Die Privatisierung muss nicht auf Kosten der Menschenrechte gehen, vorausgesetzt, in jedem Dienstleistungsvertrag wird die Verpflichtung der Privatfirmen festgehalten, die Menschenrechte zu respektieren. Unternehmen, die in Bereichen Dienstleistungen anbieten, die für die Einhaltung der Menschenrechte entscheidend sind, müssen vom Staat streng überwacht werden, um zu verhindern, dass mittellose Menschen diskriminiert werden. In jedem Fall wird der Staat durch die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen nicht von seinen Menschenrechtsverpflichtungen befreit.

## STREBEN NACH GERECHTIGKEIT

Im Jahr 2008 kam die Kommission für die rechtliche Ermächtigung der Armen des Uno-Entwicklungsprogramms (UNDP) zum Schluss, dass etwa zwei Drittel der Menschen weltweit keinen wirksamen Zugang zur Justiz haben. Das Versagen der Staaten, ein effektives Rechtssystem aufzubauen und zu unterhalten, untergräbt den Rechtsstaat und verletzt das Recht der Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf einen wirkungsvollen Rechtsschutz.

Im Dezember 2008 verabschiedete die Uno-Generalversammlung das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Damit war ein wichtiger Schritt zur Schaffung eines internationalen Mechanismus getan, der all denjenigen zugute kommt, die in ihrem Heimatland keine Möglichkeit haben, ihre Rechte einzufordern.

## SCHUTZMASSNAHMEN

Die wirtschaftliche Globalisierung ermöglicht Unternehmen ganze neue Formen der Expansion ins Ausland. Die erforderlichen nationalen und transnationalen Regelwerke für Unternehmen, mit denen die Einhaltung

## DAS PRINZIP DER FREIEN ZUSTIMMUNG AUFGRUND VORGÄNGIG VERFÜGBARER INFORMATIONEN

Um das Prinzip umzusetzen, indigene Völker zu konsultieren mit dem Ziel, ihr freies und informiertes Einverständnis zu erhalten, bevor ein Projekt beschlossen wird, braucht es die Beteiligung dieser Völker in allen Phasen von Entscheidungsfindung, Planung, Umsetzung und Auswertung jeglicher Aktivitäten, die ihre Rechte und Interessen betreffen. Dieses Einverständnis darf nicht erzwungen werden.

Alle Betroffenen müssen ausreichend Zeit haben, sich über das Projekt zu informieren, zu diskutieren und Vereinbarungen zu treffen. Die Gemeinschaften müssen Zugang zu allen relevanten Informationen erhalten. Indem die Entscheidungsträger der indigenen Völker kontinuierlich in laufende Projekte einbezogen werden, wird das Ziel eines beidseitigen Einverständnisses deutlich gemacht.

Das Prinzip der freien Zustimmung aufgrund vorgängig verfügbarer Informationen ist im «Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern» sowie in der Uno-Erklärung über die Rechte indigener Völker festgehalten.

der Menschenrechte sichergestellt werden kann, haben allerdings mit der rasanten Entwicklung nicht Schritt halten können. Um zu verhindern, dass das Profitstreben der Unternehmen auf Kosten der Menschenrechte geht, sind entsprechende Bestimmungen zwingend. Sie werden nur wirksam sein, wenn sie angemessene Untersuchungen, Sanktionen und die Wiedergutmachung für entstandene Schäden gewährleisten.

# FÜR EIN LEBEN IN WÜRDE

## DRINGENDER HANDLUNGSBEDARF

### ■ Keine Straffreiheit für Unternehmen – Unternehmen müssen Verantwortung übernehmen

Die Staaten müssen auf nationaler und internationaler Ebene strengere Richtlinien und Rechtssysteme einführen, um Unternehmen für ihre Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung ziehen zu können. Dies beinhaltet eine schärfere Überprüfung der Unternehmenstätigkeit, geeignete Regelwerke und eine verstärkte internationale Zusammenarbeit zwischen den Staaten.

### ■ Der Zugang zur Justiz muss für alle Menschen gewährleistet sein, deren Rechte durch Unternehmen verletzt werden

Menschen, deren Rechte durch Unternehmen verletzt werden, müssen Rechtsschutz und Wiedergutmachung erhalten. In entsprechenden Fällen muss ihnen der Zugang zur Justiz im Heimatland des Unternehmens gewährt werden.

### ■ Die Menschen einer Gemeinschaft müssen bei Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, aktiv einbezogen werden

Staaten und Unternehmen müssen dafür sorgen, dass Gemeinschaften und Einzelpersonen, die durch die Tätigkeit eines Unternehmens betroffen sind, Zugang zu allen relevanten Informationen erhalten. Die Betroffenen müssen zudem von den Unternehmen wirksam in den Prozess der Entscheidungsfindung einbezogen werden.

[WWW.AMNESTY.CH/DIGNITY](http://WWW.AMNESTY.CH/DIGNITY)

**Amnesty International** ist eine weltweite Bewegung mit über 2,7 Millionen Mitgliedern in mehr als 150 Ländern, die sich gegen schwere Menschenrechtsverletzungen einsetzen.

Unsere Vision ist eine Welt, in der jede Person alle Menschenrechte genießt, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen internationalen Menschenrechtsnormen verankert sind.

Wir arbeiten unabhängig von Regierungen, politischen Parteien, Ideologien, Wirtschaftsinteressen und Religionen – finanziert wird unsere Arbeit hauptsächlich durch Mitglieder und SpenderInnen.

GERECHTIGKEIT  
GEGEN ARMUT  
**AMNESTY**  
INTERNATIONAL



**AMNESTY INTERNATIONAL** Schweizer Sektion  
Postfach . 3001 Bern  
T: 031 307 22 22 . F: 031 307 22 33  
E: [info@amnesty.ch](mailto:info@amnesty.ch) . [www.amnesty.ch](http://www.amnesty.ch)  
PC 30-3417-8  
Mai 2009 . Index: ACT 35/006/2009